

# **11 liberale Leitlinien für Sarstedt**



**Programm  
der FDP Sarstedt  
zur Kommunalwahl 2006**

## 11 liberale Leitlinien für Sarstedt

I.	FINANZEN - Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger.....	3
II.	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG - für Arbeitsplätze und Wohlstand .....	4
III.	STADTENTWICKLUNG – Bürgerorientierte Stadtentwicklungspolitik .....	5
IV.	KULTUR – Förderung ist Pflichtaufgabe .....	6
V.	UMWELTPOLITIK – Eine Angelegenheit aller.....	7
VI.	VERKEHRSPOLITIK – Mobilität und Logistik sichern .....	8
VII.	ÖFFENTLICHE SICHERHEIT - mit Engagement und Zivilcourage.....	9
VIII.	SCHULEN / AUSBILDUNG – differenzierte Angebote nebeneinander.....	10
IX.	SOZIALPOLITIK – für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren .....	11
X.	SPORT - nimmt erzieherische und gesellschaftliche Aufgaben wahr .....	13
XI.	INTEGRATION UND ZUWANDERUNG – neue Herausforderungen .....	13

# I. FINANZEN - Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger

Die Sarstedter Liberalen unterstützen eine **kommunale Finanzpolitik**,

- **die verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürger umgeht,**
- **damit die Lebensqualität Sarstedts erhalten bleibt.**

Die Zurückgewinnung finanzieller Spielräume für den Haushalt der Stadt Sarstedt war und ist ein zentrales Anliegen liberaler Ratsarbeit in Sarstedt. Nur gesunde Finanzen eröffnen der zukünftigen Generation notwendige Gestaltungsspielräume, will man ihr nicht aufbürden, ausschließlich hinterlassene Schuldenberge abtragen zu müssen. Daher **darf unsere Stadt auf Dauer nicht mehr ausgeben als einnehmen!**

Das Bewusstsein für **konsequente Schuldenbegrenzung und Schuldenabbau** im Interesse der nächsten Generationen muss auch in Zukunft Teil einer vernünftigen Kommunalpolitik in Sarstedt sein. Die sich immer weiter verstärkende Krisensituation der kommunalen Haushalte darf aber nicht dazu führen, Leistungen der Gemeinden für den Bürger im Kern einzuschränken.

Allerdings wird in Zukunft vorrangig noch **mehr bürgerschaftliches Engagement** zu nutzen und einzubeziehen sein. Ein hohes Maß an Sach- und Fachverstand der Bürger bleibt für die Stadt Sarstedt bislang ungenutzt und muss aktiviert werden.

Die FDP Sarstedt hat in den vergangenen fünf Jahren konkrete Einsparpotentiale aufgezeigt und konsequent an der Konsolidierung des städtischen Haushalts mitgewirkt. Dadurch war Sarstedt bisher in der Lage, regelmäßig einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen, und das, **ohne an der kommunalen Steuerschraube drehen zu müssen!** Die FDP Sarstedt will sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass unerlässliche Konsolidierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Sie wird hierzu auch weiterhin die städtischen Finanzen kritisch analysieren und ggf. unangenehme erforderliche Einschnitte konkret und offen ansprechen, um von anderen Gruppierungen geforderte Steuererhöhungen zu vermeiden.

Die FDP will ein **modernes Rathaus** mit einem Dienstleistungsbereich, der geprägt ist durch Kundenorientierung, effektive wirtschaftliche Strukturen und transparente Kosten. Kurz: eine Verwaltung, die möglichst wenig Geld für die Erfüllung ihrer Aufgaben ausgibt und dabei auch neue Medien wie das Internet nutzt, um z.B. „online“ Anträge und Formulare anzubieten, aber auch den Haushalt transparent für alle interessierten Bürger offen zu legen. Nur durch eine schlanke und wirtschaftliche Verwaltung können wieder finanzielle Spielräume aus eigener Kraft für Sarstedt geschaffen werden.

Die FDP fordert Bund und Land dringend auf, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Kommunen zu verbessern. Dazu zählt eine umfassende Neuordnung des kommunalen Finanzierungssystems. Ziel ist nicht ein bloßes Mehr an Einnahmen, sondern eine den zu erfüllenden Aufgaben entsprechende Verteilung unter den verschiedenen Ebenen des Staates, wie sie mit dem Konnexitätsprinzip in Niedersachsen in Angriff genommen worden sind: **Wer eine Leistung anordnet, hat sie auch zu bezahlen.** Gesetze, die Kommunen wie Sarstedt belasten, müssen einen vollständigen finanziellen Ausgleich vorsehen. Es ist deshalb auch unerlässlich, für das Verhältnis zwischen Bund und Kommunen ebenfalls das Konnexitätsprinzip verfassungsrechtlich zu verankern.

Im Verbund mit anderen Gemeinden muss sich Sarstedt daher dagegen wehren, politische Entscheidungen auf Bundes-, Landes und Kreisebene finanzieren zu müssen, die wir kaum oder gar nicht beeinflussen können. **So lehnt die FDP Sarstedt eine Erhöhung der Kreisumlage durch den Kreistag des Landkreises Hildesheim ab** und fordert ihn auf, durch konsequente

Nutzung von Einsparpotentialen den Kreishaushalt nicht auf Kosten der Kommunen zu konsolidieren.

Weitere Basis für eine liberale Finanzpolitik ist ein offener Diskussionsprozess über den Umfang und die Qualität der **wirklich notwendigen öffentlichen Aufgaben** auf der kommunalen Ebene. Die Beurteilung der zielgerichteten und wirtschaftlichen Erledigungen der öffentlichen Aufgaben muss sich **vorurteilsfrei und unabhängig** von der gewählten Organisationsform an den Ergebnissen messen lassen. Daher sollen Aufgaben nur dann von der Stadt Sarstedt übernommen werden, wenn sie in derselben Qualität und Wirtschaftlichkeit nicht auch durch Private übernommen werden könnten.

Die

- **Stärkung der Sarstedter Wirtschaftskraft,**
- **Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung** und die
- **Reduzierung der Verwaltungskosten**

entsprechen den **Grundsätzen liberaler Kommunalpolitik**. Nur Wirtschaftlichkeit bringt Spielraum gegen Steuererhöhungen und für Gebührensenkungen. Grundsätzlich muss daher gelten: Keine investive Ausgabe ohne Berücksichtigung der langfristigen, die Haushaltsmittel der Folgejahre bindenden Ausgaben, damit die Lebensqualität unserer schönen Stadt Sarstedt auch für zukünftige Generationen erhalten bleibt.

## II. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG - für Arbeitsplätze und Wohlstand

Arbeitsplätze können langfristig nicht staatlich angeordnet werden, sondern werden nachhaltig nur von Unternehmen und innovativen Unternehmern erhalten und geschaffen. Hierzu sind geeignete kommunalen Rahmenbedingungen erforderlich.

Die FDP Sarstedt setzt vor allem auf **kleine und mittelständische Betriebe**, um strukturelle Abhängigkeiten zu vermeiden.

Wichtigste Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung in Sarstedt sind die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen sowohl betriebswirtschaftlich für die Betriebe als auch hinsichtlich der Lebensqualität für Unternehmer und Mitarbeiter. Beide Bereiche beeinflussen die Attraktivität des Standorts und erfordern den **Einklang zwischen Ökonomie und Ökologie**.

Vom FDP-geführten Wirtschaftsministerium der Landesregierung sind in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen zum Bürokratieabbau, zur Wirtschaftsförderung und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Betriebe beschlossen worden. Niedersachsen hat sich in die Spitzengruppe der wirtschaftsdynamischsten Bundesländer entwickelt. Sarstedt sollte nun durch die richtigen kommunale Entscheidungen diesen Rückenwind zu nutzen.

Hierzu fordert die FDP Sarstedt im einzelnen:

- **Investitionsvorhaben müssen einfach zu beantragen** sein sowie **schnell und unbürokratisch genehmigt** werden (z.B. durch den Einsatz von „Investitionslotsen“, die als alleinige Schnittstelle zwischen ansiedlungswilligen Unternehmen und Behörden arbeiten; Antrags- und behördliche Zustimmungsverfahren sind auch über das Internet anzubieten)
- Die unternehmensnahe **Infrastruktur ist weiter auszubauen** und die Belastung durch **kommunale Steuern und Abgaben zu senken**.

- Die **Abschaffung der Gewerbesteuer** mit Kompensation durch ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer ist sowohl finanz- als auch wirtschaftspolitisch geboten.
- **Erhalt und Ausbau von Kulturleben, Schulangebote und Freizeitmöglichkeiten**, bürgerfreundliches und ausreichendes ÖPNV - Angebot.
- Die **Naherholung** muss weiter forciert werden.
- Das **Radwegenetz** ist zu überprüfen, auch in Verbindung mit Gaststätten-Standorten in der Kernstadt und den Ortsteilen.
- Einbindung von **Landschaftsschutzgebieten**.
- Die **Attraktivität der Sarstedter Innenstadt muß erheblich gesteigert werden**. Hier sind innovative Image- und Segmentkonzepte auf privatwirtschaftlicher Basis gefragt, die durch ein **professionelleres Stadtmarketing** entwickelt werden.
- Die FDP ist für die Schaffung **kraftvoller und wettbewerbsfähiger regionaler Strukturen**. Die historische Zugehörigkeit Sarstedts zu Hildesheim darf nicht dazu führen, dass der **Anschluss an die „REGION HANNOVER“** verpasst wird.
- Unterstützung von und Zusammenarbeit mit **Existenzgründerzentren**.
- **Vorrang privater Initiative und Wettbewerbs vor öffentlicher Leistung**, Übertragung von Aufgaben auf die Wirtschaft (wo immer es wirtschaftlich sinnvoll ist), z.B. Reinigung öffentlicher Gebäude oder der Sportplatzpflege. Durch Privatisierung, Öffentlich-Private Partnerschaften, Outsourcing und andere moderne Instrumente ökonomischer Effizienzsteigerung können gleichzeitig die Leistungen für die Bevölkerung verbessert, die Kommunalhaushalte entlastet und Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden. Die Regierungskoalition in Hannover hat hierfür durch die Neufassung des Gemeindefinanzrechts (z. B. § 108 NGD) die Voraussetzung geschaffen, indem es den Weg für Private geöffnet hat.

### III. STADTENTWICKLUNG – Bürgerorientierte Stadtentwicklungspolitik

Die Sarstedter Liberalen unterstützen eine kommunale Planungspolitik

- für eine **Stadtentwicklung**, die sich an den **Bedürfnissen der Bürger** orientiert.

Die Andienung von Industrie, Handel und Gewerbe durch den Güter-, Dienstleistungs- und Wirtschaftsverkehr ist auch in die Sarstedter Innenstadt und in verkehrsberuhigte Zonen hinein zu gewährleisten. Einzelhandel, Gewerbe und Handwerk müssen sich zukünftig wieder verstärkt in den Kernbereich unserer Stadt erweitern und ansiedeln können, auch um die Entfernung zwischen Wohnen, Arbeiten und Freizeit zu verkürzen. Damit können **ökologische Eingriffe reduziert** und der Bedarf an Ausgleichsflächen vermindert werden.

Die **Erhaltung geschichtlich und kulturell prägender Gebäude ist Verpflichtung**. Das historisch gewachsene Stadtbild ist sichtbarer Ausdruck von Heimat und verdient, erhalten zu werden. Daher gilt es, die bestehende Infrastruktur in ihrer Funktion und in ihrem Wert zu erhalten und gegebenenfalls bedarfsgerecht weiter zu entwickeln. Bedarfsgerecht insbesondere im Hinblick auf den absehbaren Bevölkerungsrückgang. Künftige Maßnahmen der Stadtentwicklung müssen

zwingend **Rücksicht auf die sich verändernde Struktur der Bevölkerung** nehmen und dabei auch insbesondere den Belangen einer **älter werdenden Bevölkerung** Rechnung tragen.

Denn immer mehr ältere Menschen wohnen zentrumsnah und werden durch die Neuansiedlung von Supermärkten und Discountern am Stadtrand, die dadurch die Innenstadt verlassen, von der Versorgung des täglichen Bedarfs abgeschnitten. Die **Sarstedter Innenstadt muss ihre Funktionen dauerhaft wahrnehmen können!** Keinesfalls darf durch die Ausweisung neuer Baugebiete eine Verödung der Innenstadt eintreten. Bestehende Ausweisungen, wie etwa das Neubaugebiet „Am Sonnenkamp“ und in den Ortsteilen, dürfen **nicht von der Innenstadt abgeschnitten** werden. Durch deren Ausweisung ist der aktuelle Bedarf an Bauplätzen auf mehrere Jahre hinaus gedeckt.

Bei der Gestaltung unserer Innenstadt sollten **weitere Ruhe- und Erholungszonen**, Aufenthaltsplätze für Familien und Grünanlagen mit eingeplant werden, um so die **Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern**. Beispielsweise ist die **Attraktivität der Fußgängerzone** durch bedarfsgerechte Ansiedlungspolitik sowie eine **konzeptionelle Umstrukturierung des Rathausvorplatzes und der Engen Straße** zu erhöhen. Ein **Wegenutzungs- und Naherholungskonzept für die Wege an der Innerste** sind zu erarbeiten, um die natürlichen Schönheiten Sarstedts besser darzustellen. Ebenso sind optische Gestaltungsmöglichkeiten des Entreés der Stadt mit Öffnung zur Innenstadt (Friedrich-Ebert-Park) umzusetzen.

Stadtentwicklungspolitik, so wie die FDP sie sieht, muss aus wirtschaftlicher Sicht vorrangig Anstrengungen unterstützen, **funktionierende und lukrative innerstädtische Standorte des Einzelhandels zu sichern, zu fördern und zu verbessern**. Erforderlich ist dazu ein Abbau von Regularien und den Rückbau von Verwaltungs- und Genehmigungshürden.

Bei bedeutenden Projekten der Stadtentwicklung müssen in höherem Maße Beiträge und **Vorschläge aus der Bevölkerung eine echte Mitwirkung ermöglichen**. Dazu gehört auch, dass Stadtratsgremien nicht vor 19 Uhr tagen sollten, um mehr qualifizierten Bürgern verschiedener Berufsgruppen die Möglichkeit der Teilnahme zu geben. Sitzungsbeginn um 17 Uhr bedeutet den weitgehenden Ausschluss vieler Freiberufler und in Wirtschaftsbetrieben tätiger Bürger.

Das **"PRODUKT SARSTEDT"** muss noch stärker entwickelt und vermarktet werden. Sarstedt benötigt ein überparteiliches **LEITBILD**, mit dem sich die Mehrheit der Bevölkerung identifizieren kann, wie und wohin sich die Stadt entwickeln will. Die FDP Sarstedt hat dazu in der Vergangenheit die Gründung eines Stadtmarketingvereins in Sarstedt gefordert und unterstützt. Um die vielen Ideen umsetzen und die derzeit ehrenamtlich ausgeführten zahlreichen Aufgaben des Stadtmarketings effizienter gestalten zu können, ist es erforderlich, in Zusammenarbeit mit allen Kräften unserer Stadt, einen **hauptberuflichen Stadtmarketingmanager** einzusetzen. Stadtmarketing und Stadtentwicklung müssen noch stärker als bisher verzahnt werden. Erst wenn Stadtentwicklung und Stadtmarketing Hand in Hand gehen, kann die Stadt an Profil gewinnen.

Deshalb fordert die FDP mehr Lebendigkeit und Lebensqualität für Sarstedt durch eine **vorausschauende Stadtentwicklung unter frühzeitiger Einbindung der Bürger**.

#### **IV. KULTUR – Förderung ist Pflichtaufgabe**

Die Sarstedter FDP unterstützt eine Kulturpolitik

- **die Sarstedts Kulturszene fördert und in- und außerhalb Sarstedts wahrnehmbar ist**
- **die der kulturellen Bildung, insbesondere der Kinder- und Jugendkultur besondere Aufmerksamkeit widmet**
- **die eine kulturelle Vernetzung mit den Kulturorten im Landkreis Hildesheim und der Region Hannover fördert.**

**Kultur ist ein „harter“ Standortfaktor**, der an die Wurzel der Gesellschaft geht:

Ohne Kunst und Kultur wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Wirtschaft nicht innovativ und die Bildung nur technokratisch. **Kultur verbessert die Lebensqualität**. So verstehen Sarstedts Liberale **Kulturförderung als ein Pflichtaufgabe**, die ohne Kürzungen wahrgenommen werden muss, trotz der Finanznot der Gemeinden und steigender Sozialausgaben.

Um der kulturellen Konkurrenz aus Hannover und Hildesheim begegnen zu können, wollen wir die Sarstedter Kulturszene erhalten, verstärkt pflegen und fördern. Dazu benötigen wir einen **Kulturentwicklungsplan**. Das kulturelle Angebot entscheidet auch mit bei der Ansiedlung von Firmen und ihrer Mitarbeiter, beim Zuzug neuer Bürgerinnen und Bürger.

Die FDP hat in der vergangenen Legislaturperiode trotz knapper Kassen folgende **Kulturförderungen mitgetragen**:

- städtische Hilfestellung zum Fortbestand der Kulturgemeinschaft
- Literaturförderung durch die Modernisierung und verbesserter Ausstattung der Stadtbücherei
- Förderung der Städtepartnerschaft mit der Normandie
- Bereitstellung von Räumlichkeiten
  - für die Jugendkultur im Freizeitheim „Klecks“,
  - für die Musikvereine im Pavillon der Kastanienhofschule,
  - in den Dorfgemeinschaftshäusern.

**Jugendliche müssen in Sarstedt die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Vorstellungen von Kultur zu verwirklichen.**

Wir wollen eine Bestandsaufnahme und eine bessere Vernetzung der vielen kulturellen Aktivitäten in Sarstedt im Rahmen einer „Kulturbürgerversammlung“.

**Das „Haus am Junkerhof“ muss noch stärker Kultur- und Kommunikationszentrum werden.**

Das Ensemble der Gebäude rund um die St. Nicolai-Kirche bis hin zur Mühlenstraße kann zu einem architektonisch reizvollen architektur-historisch „Sarstedter Kulturviertel“ erweitert werden, dessen Attraktivität weit über Sarstedts Grenzen Beachtung fände.

Sarstedt fehlt noch immer ein angemessener Saal für größere Veranstaltungen:

Realisierbare Planungen für eine **Aula im Schulzentrum** am Wellweg müssen geprüft und dürfen nicht weiter verschoben werden.

Vereinigungen, die sich der Pflege der Kultur, der Pflege der Heimat widmen, werden weiterhin unterstützt. Nirgends werden die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung auf so breiter Basis so intensiv gefördert wie in diesen Vereinen und von ihnen getragenen Organisationen.

Kulturarbeit in Sarstedt befördert das Selbstbewusstsein der Sarstedter, es trägt zu Identifikation mit unserer Stadt und seinen Ortsteilen bei. Das ist bestes Stadtmarketing.

Die **Kulturförderung ist die Sache aller Sarstedter**. Sie kann nur **gemeinsam** angegangen werden.

## **V. UMWELTPOLITIK – Eine Angelegenheit aller**

Liberale kommunale Umweltpolitik soll die **Lebensinteressen der Menschen, den Erhalt der Umwelt** sowie den **verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen** harmonisch in Einklang bringen.

Umweltschutz ist in erster Linie eine Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger. Er ist in der Kommune eine fachgebietsübergreifende Aufgabe. **Ökologische Vernunft, wirtschaftliches Handeln und soziale Verantwortung gehören zusammen.**

Für die Liberalen haben im Umwelt- und Naturschutz vertragliche Regelungen absoluten Vorrang vor Gesetzen und Verordnungen. Auf Dauer sind nicht Verbote und Gebote, sondern Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger Garant dafür, dass die Grundlagen des Umwelt- und Naturschutzes erhalten bleiben. **Umweltpolitik ist für Liberale kein Vorwand für Zukunftsverweigerung und Technikfeindlichkeit.**

Eine **gezielte Lärmentlastung** bestehender und geplanter Wohngebiete vom Individual- und Durchgangsverkehr trägt erhebliche zur Steigerung der Lebensqualität bei. Lärm- und Luftschadstoffkataster sind dazu ebenso hilfreiche Instrumente wie bei Abwägungsentscheidungen neu auszuweisender Wohn- oder Gewerbegebiete.

Die wichtigen Themen Energieeinsparung, Flächenversiegelung, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und Entsorgung von Abfällen werden auch in den nächsten Jahren **Hauptaufgabe der Kommunen** bleiben. Dabei kann durch eigenverantwortliches Handeln ein überreguliertes Kontrollwesen ersetzt und durch Privatisierungen dauerhaft kostengünstige Lösungen gefunden werden. Die Privilegierung von Windenergieanlagen im Baurecht ist abzuschaffen.

Im Einzelnen fordert die FDP Sarstedt:

- Die derzeitigen Modalitäten für die Beseitigung von Grünabfällen (Bündeln auf bestimmte Länge, Abholung nur zweimal im Jahr, termingenaues Anliefern am Festplatz etc.) und der überzogenen Abfalltrennung ist für viele Bürger unzumutbar. Die Stadt soll daher Bürgern, Vereinen oder sonstigen Institutionen für Grünschnitt **einen Brennetag** im Jahr nach Maßgabe der Vorgaben durch das Land Niedersachsen ermöglichen, um vor allem den Bedürfnissen in den Ortsteilen gerecht zu werden. Weiterhin sollten im Sommer **zwei weitere angemessene Abfuhrtermine für den Gartengrünschnitt** angeboten werden.
- Die **Notwendigkeit der Baumschutzsatzung** der Stadt Sarstedt soll überprüft und im Bedarfsfall abgeschafft werden.
- Außerdem sollten Kostensenkungen und ein Komfort Gewinn durch neue Konzepte - auch vereinfachte Vorgaben bei der Abfalltrennung durch den Bürger - und verfeinerte Vergaben für Leistungen der Abfallwirtschaftbetreiber und der Wasserversorger sowie der Abwasserentsorger erreicht werden.
- Die **ehrenamtliche Arbeit im Umweltbereich** soll gefördert und weiter ausgebaut werden.
- Die **Brauchwassernutzung** soll gefördert werden.
- Innerörtliche Grünanlagen sollen **naturnah und pflegearm** gestaltet werden.

## VI. VERKEHRSPOLITIK – Mobilität und Logistik sichern

Liberaler kommunale Verkehrspolitik sichert im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und zur Steigerung der Attraktivität des Standorts **Mobilität und Logistik**. Die gemeindliche Verkehrsplanung muss als Teil der Entwicklungsplanung betrieben werden. Die Interessen des Handels und der Dienstleistungsbranche in den Innenstädten sind in enger Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten und Gemeinden zu berücksichtigen. Dafür ist eine Kombination verschiedener Verkehrsmittel notwendig, d.h. auch ein **integrierter öffentlicher Personennahverkehr** vom Fernverkehr über den Regionalverkehr im Verbund bis zum Nahverkehr unter stärkerer Einbeziehung des **privaten Taxigewerbes** (Sammeltaxi, Nachttaxi, Ruftaxi).

Aus Sicht der FDP müssen Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und der öffentliche Personennahverkehr in der kommunalen Verkehrsgestaltung einen gleichwertigen Platz beanspruchen können ohne die oftmals praktizierte Behinderung des Individualverkehrs

Libérale Verkehrspolitik will den ÖPNV so attraktiv gestalten, dass er von den Bürgerinnen und Bürgern bei rationaler Verkehrsmittelwahl als Alternative angesehen wird.

Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, den gesamten Sektor des Personennahverkehrs weiterhin kundenorientiert zu einem **wettbewerblich organisierten Nahverkehrsmarkt** fortzuentwickeln, auf dem vor allem **private Anbieter** operieren.

Die teilweise notwendige Subventionierung des öffentlichen Verkehrs darf nicht dazu führen, dass Angebote an den Kundenbedürfnissen vorbei unterstützt werden. Verkehrsverträge sollten deshalb in der Regel als "Nettoverträge" gestaltet werden, so dass die Verkehrsunternehmen daran interessiert sind, mehr Einnahmen durch die Gewinnung neuer Fahrgäste zu erzielen, und entsprechende Marketingmaßnahmen von sich aus entwickeln. Entscheidendes Instrument zur Realisierung dieser Konzeption ist die Ausschreibung aller Nahverkehrsdienstleistungen.

Von Bedeutung ist ein gut ausgebautes und sicheres Fuß- und Radwegenetz und eine Verzahnung mit dem ÖPNV. Dies gilt vor allem auch mit Blick auf Kinder und deren Wege zum Kindergarten und zur Schule. In gleicher Weise ist den Bedürfnissen älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen durch möglichst barrierefreien Zugang Rechnung zu tragen.

Im Einzelnen fordert die FDP Sarstedt:

- Das **Sammeltaxi-Angebot „AST“ ist weiterzuführen und auszubauen**, insbesondere im Rahmen einer aktiven Jugendförderung und Sicherheitspolitik, sowie aber auch zur weiteren Anbindung der Ortsteile an die Kernstadt und um gerade älteren Menschen ihren Weg zur Einkaufsstätte zu erleichtern.
- Verbesserungen der Verkehrssicherheit und des Wohnumfeldes sind in Wohngebieten durch stadtverträgliche und weitere **attraktive Verkehrsberuhigungsmaßnahmen** anzustreben. Zonengebote wie Tempo-30-Zonen sind hierbei auf reine Wohngebiete zu begrenzen.
- Aus verkehrspolitischen Gründen hält die FDP eine **Westumgehung Sarstedts** weiterhin für sehr sinnvoll, **obwohl alle anderen Sarstedter Parteien dieses Vorhaben ablehnen**. Nur so lassen sich die Ortsdurchfahrt Giften, die Voss-Straße, der Nordring, die Görlitzer und Breslauer Straße vom Durchgangsverkehr entlasten und die Belästigung der Anwohner durch Lärm und Abgase reduzieren.
- Der ÖPNV muss den **Bezug zur „Region Hannover“** beibehalten. Eine erfolgte Anbindung an die Region Braunschweig über den Landkreis Hildesheim ist nachrangig!
- Der Anteil des umweltfreundlichen Verkehrs muss erhöht werden. Wechsel zu umweltfreundlicheren Energieträgern wie z.B. den Erdgasbetrieb der Stadtbusse sind zu fördern.

## VII. ÖFFENTLICHE SICHERHEIT - mit Engagement und Zivilcourage

Die liberale Bürgergesellschaft braucht die **Freiheit der Entfaltung**, aber auch den **konsequenten Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Belästigung**. Die Freiheit der Entfaltung hat aber schon dort ihre Grenzen, wo die notwendige Hilfe für andere geschwächt wird.

Wir unterstützen eine kommunale Sicherheitspolitik

- **die der Feuerwehr und dem Rettungswesen zum Schutz von Leib und Habe stets Vorrang vor sonstigen Bequemlichkeiten der Bürgerinnen und Bürgern einräumt.**

Wir wollen, dass sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Sarstedt in ihrem Wohnumfeld, auf den Straßen, in den Parks und in der Innenstadt sicher fühlen.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass die kommunale Politik

- **auf das persönliche Unsicherheitsempfinden von Bürgerinnen und Bürgern reagieren muss.**

Die Polizei alleine kann dies nicht leisten, gefordert sind hier besonders auch die Schul- und die Sozialpolitik. Hier gilt es für Ideen zu werben:

**„Hinsehen statt wegschauen; helfen statt wegducken“**

**Engagement und Zivilcourage** sind liberale Bürgertugenden, für die die FDP Sarstedt wirbt. Wir alle müssen selbst wieder viel mehr Verantwortung übernehmen, aufmerksam gegenüber dem Nachbarn – nicht gleichgültig!

Wir werden deshalb weiterhin die Arbeit des **Präventionsrats unterstützen**, der vorbeugend unter Mitwirkung der Polizei, Bürgervertretern und Experten die Sicherheitsprobleme Sarstedts erörtert und Lösungen entwickelt, z.B. gegen den Vandalismus (durch Graffiti).

Bei jeglicher Planung sind die Sicherheitsbedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen zu berücksichtigen!

Einmal im Jahr sollte ein „Sicherheitstag“ anberaumt werden, in der die Verwaltung und die Polizei die Standorte von Telefonzellen, Briefkästen, Bankautomaten Bushaltestellen etc. überprüfen.

Die Stadt ist sauber zu halten, weil eine saubere Gemeinde eine signifikant positive Wirkung auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger entfaltet.

Das Sammeltaxiangebot AST dient der Sicherheit durch den Transport von Bürgerinnen und Bürgern und ist deshalb weiter auszubauen und zu fördern.

**Auch die sichtbare Anwesenheit von Polizeistreifen**, insbesondere von Fuß- und Fahrradstreifen, verbessert das Sicherheitsgefühl.

## **VIII. SCHULEN / AUSBILDUNG – differenzierte Angebote nebeneinander**

In der liberalen Bürgergesellschaft sind Bildung, Aus- und Fortbildung die Garanten für Lebensqualität und sichern die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelnen und der Gesellschaft.

Liberaler Kommunalpolitiker unterstützen eine Bildungspolitik

- **mit einem differenzierten Angebot verschiedener Schulformen nebeneinander, um Eltern und Schülern eine Auswahlmöglichkeit zu geben.**

Sarstedt hat deshalb ein Schulangebot vorzuhalten, in dem jeder Jugendliche seinen Leistungen entsprechend gefördert werden kann.

Wir treten deshalb für die **Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems ein.**

Eine Verschmelzung der Hauptschule mit der Realschule lehnen wir ab.

Wir treten vehement für den **Erhalt der Sarstedter Schiller Realschule** ein, die seit über 100 Jahren ein solides Fundament für viele Sarstedter Schülerinnen und Schüler legt. Es ist zu prüfen, inwieweit in Sarstedt ein **bedarfsgerechtes Angebot für Ganztagschulen** vorgehalten werden kann.

Wir setzen uns für die Förderung am Wellweg ein, um deren Schülerinnen und Schülern durch eine besondere Förderung mehr Lebens- und Berufschancen zu ermöglichen.

Wir begrüßen, dass in den Kindergärten eine verstärkte frühzeitige Förderung aller Kinder erfolgt. Wir werden weiterhin die Kindergärten in ihrer Erziehungsarbeit massiv unterstützen.

Wir sind der Auffassung,

- dass **Schulhöfe am Nachmittag geöffnet** werden können,
- Schulräume außerschulisch (evtl. gegen Entgelt und Schadenregulierung) genutzt werden.

Sarstedts Liberale unterstützen wie bisher:

- eine **Verbesserung der Sachausstattung der Grundschulen**
- Überprüfung der baulichen Substanz und notwendiger Sanierungen.

**Wir haben deshalb zugestimmt, 2006 den bereits beschlossenen Ausbau der Engen Straße in der Innenstadt aufzuschieben, um in der Grundschule „Regenbogenschule“ akut aufgetretene Baumängel zu beseitigen, wie von der Brandschutzbehörde des Landkreises gefordert wurde. Die Sicherheit der Kinder und die des Lehrpersonals hat eindeutige Priorität!**

## **IX. SOZIALPOLITIK – für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren**

Die Sarstedter Liberalen unterstützen eine Sozialpolitik

- die die Bereitschaft und Fähigkeit zur **Übernahme von Eigenverantwortlichkeit** stärkt,
- die **kommunale Jugendarbeit fördert**,
- die **Hilfsangebote für Frauen und Kinder in Not** bereithält.

Das soziale Leben in Sarstedt wäre ohne den **ehrenamtlichen Einsatz** um ein Vielfaches ärmer. In der Zeiten leerer Kassen müssen auch in Sarstedt neue Wege beschritten werden.

Die FDP hat sich stets für den **Aufbau eines STÄDTISCHEN NETZWERKS BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS** eingesetzt.

Ziel ist die Integration der "Freiwilligen Arbeit" in das bestehende soziale Gefüge der Stadt. Wir benötigen diese Netzwerk, damit die, die helfen wollen und die, die Hilfe brauchen, zusammenkommen. Es beinhaltet z.B. für Ruheständler die Chance, ihren beruflichen Sachverstand auf freiwilliger Basis zum Wohle der Allgemeinheit einzusetzen.

Ratsherr Winfried Schirm hat entscheidend an der Gründung eines solchen Netzwerks mitgewirkt: der Kooperationsgemeinschaft "SPONTAN", in der die Diakonie, die Caritas, das DRK, die AWO und die Frauenbeauftragte vernetzt sind.

## KINDER UND FAMILIE

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Kinder und Beruf müssen nebeneinander möglich sein, in Familienformen und auch für allein erziehende Mütter und Väter. Wer Flexibilität im Beruf zeigen soll, muss auf **flexible Ganztagsbetreuungsangebote** zurückgreifen können.

Wir benötigen deshalb eine kommunale Familienpolitik, die durch ein Miteinander der Stadt, das Eltern und Kinder ein familienfreundliches Klima schafft, in dem Erziehung und Bildung harmonisch in Einklang zu bringen sind, in dem sich Kinder und Eltern gemeinsam wohl fühlen.

Für uns muss deshalb insbesondere die Förderung **individueller Betreuungsleitungen** wie Tagesmütter und Kinderkrippen erfolgen. Ebenso gehört zu einer liberalen familienfreundlichen Politik ein Angebot von **Ganztagskinderplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten**.

Den Wünschen berufstätiger Mütter und Väter nach flexiblen Öffnungszeiten und der Betreuung von Hortkindern ist in einem finanziell vertretbaren Rahmen Rechnung zu tragen. Elterninitiativen, die eine gemeinsame Kleinkinder- und Kinderbetreuung organisieren, sind zu unterstützen. Familienfreundliche Maßnahmen sind bei der Planung von Baugebieten, Freizeitangeboten und bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten zu ergreifen.

## JUGENDLICHE UND KINDER BRAUCHEN HILFE

Wo Familien aus verschiedenen Gründen keinen ausreichenden Halt mehr vermitteln, bedürfen Jugendliche und Kinder der besonderen Hilfe. Jugendhilfe und Schulen müssen frühzeitig und umfassend zusammenarbeiten ( Schulsozialarbeit, Kernzeitenbetreuung, Horte).

Kinder und Jugendliche brauchen **Freiräume**. Grünflächen, Spiel- und Bolzplätze sind verstärkt als Treffpunkte anzubieten. Fun-, Sportplätze müssen vorhanden sein, der Jugendtreff "Klecks" muss ein akzeptiertes Angebot vorhalten.

Jugendliche brauchen **Freizeitangebote**: In **Vereinen** und der **Jugendarbeit der Kirchen**, der **Feuerwehren** und im **kulturellen Bereich**. Wir wollen diese Aktivitäten verstärkt fördern, indem mehr organisatorische und finanzielle Hilfe denen gewähren, die eine sinnvolle Jugendarbeit leisten. Wir wollen zudem eine verstärkte Anerkennung für die im Jugendbereich ehrenamtlich Tätigen.

Nach wie vor sind für die Altersgruppe der 12-16jährigen mehr Angebote für gemeinsame Veranstaltungen vorzuhalten.

Kinder und Jugendliche haben ein **Recht auf einen Ausbildungsplatz**, der ihnen einen Start in das Berufsleben ermöglicht. Ausbildungsplätze bietet zumeist der Mittelstand. Deshalb ist die von der FDP gezielt betriebene **Förderung des Mittelstands eine Voraussetzung, um Ausbildungsplätze** zu schaffen.

## DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Sinkende Bevölkerungszahlen und eine **starke Alterung** werden sich auch in Sarstedt zunehmend bemerkbar machen. Wir müssen uns deshalb auch im Bereich der Stadt Sarstedt überlegen, wie bei uns dem demographischen Wandel begegnet werden soll und wie wir die Entwicklung in unserer Stadt gestalten wollen.

Das **Zusammenleben der verschiedenen Generationen** zu organisieren, wird eine zentrale Aufgabe der kommunalen Politik der Zukunft werden.

Grundsätzlich muss gelten:

Alte Menschen sollen ihr Leben so lange wie möglich selbstständig bestimmen und gestalten. Dazu gehören

- die Sicherstellung von **modernen Wohnformen für ältere Menschen**,
- **Selbstbestimmtes Wohnen** in einem altengerechten Umfeld,
- Ausbau vernetzter Angebote,
- Projekte zur Entlastung pflegender Familienangehöriger sind zu fördern.

Unsere älteren Mitbürger brauchen ein **wohnnahes Versorgungsnetz**, das ihnen den Verbleib im gewohnten Umfeld ermöglicht (medizinische und pflegerische Betreuung, Versorgung mit Mitteln des täglichen Bedarf). Auch deshalb ist die Entwicklung der Sarstedter Innenstadt so wichtig.

In Zukunft ist noch mehr darauf zu achten, dass eine älter werdende Gesellschaft auch Wohnumfelder braucht, die auf diese Entwicklung zugeschnitten sind: Barrierefreie Wohnungen, Formen des betreuten Wohnens und generationsübergreifende Wohnprojekte, Nähe zum öffentlichen Nahverkehr (Verbesserung im AST-Bereich) und wohnortnahe Begegnungsstätten sind als Beispiel zu nennen.

Da der Staat nicht alles regeln und finanzieren kann und soll, tritt die Sarstedter FDP für ein **SARSTEDTER WOHNUMFELD-SELBSTHILFENETZ** für und mit älteren Mitbürgern ein.

## **X. SPORT - nimmt erzieherische und gesellschaftliche Aufgaben wahr**

Die FDP in Sarstedt betont die Anerkennung der **Fachkompetenz der Sarstedter Sportvereine** und deren herausragenden Stellenwert für das Leben in unserer Stadt.

Dank der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter nimmt der ORGANISIERTE SPORT wichtige erzieherische und gesellschaftliche Aufgaben wahr, die von der Stadt und von den Schulen nur unzureichend bewältigt werden können.

Wir haben in Sarstedt ein umfangreiches Sportangebot, es ist ein Teil unserer gesicherten Infrastruktur und ein wichtiger Standortfaktor für die Bewohner Sarstedts jeden Alters.

Die FDP Sarstedt wird weiter daran arbeiten, die schwierige Aufgabe eines ausgewogenen **Fördermodells für die Vereine** zu gestalten, das allen Vereinen in Sarstedt gerecht werden kann. Unsere besondere Unterstützung gilt dabei den Vereinen, die eine sinnvolle Kinder- und Jugendarbeit betreiben.

Wir schlagen vor, einen **SPORTPLAN FÜR SARSTEDT** aufzustellen, in dem alle Aktivitäten aufgelistet werden und der als Grundlage der weiteren städtischen Sportförderung dienen kann.

## **XI. INTEGRATION UND ZUWANDERUNG – neue Herausforderungen**

Zunehmende **kulturelle Vielfalt** prägt den Alltag in Sarstedt, die Weltoffenheit nimmt zu.

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung schafft **neue Herausforderungen**, denen sich die Kommunalpolitik auch in Sarstedt aktiv und ohne ideologische Scheuklappen stellen muss.

Das neue kommunale Wahlrecht für EU-Bürger ist bereits ein wichtiger Schritt zur vollen Integration der ausländischen Mitbürger.

Wir wünschen uns, dass sie möglichst zahlreich von ihrem **aktiven und passiven (!) Wahlrecht Gebrauch machen** und fordern deshalb die Gemeinden und Landkreise auf, die neuen Wählerinnen und Wähler anzusprechen, zu informieren und zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren.

Um die ausländischen Einwohner, die nicht aus den Staaten der EU kommen, nicht gänzlich von der politischen Beteiligung auszuschließen, müssen ihnen Möglichkeiten geschaffen werden, ihre Interessen und Probleme in der Gemeinde vorzutragen.

Die FDP möchte, dass diesen Menschen, die schon länger bei uns leben, Integration durch das Kommunalwahlrecht erleichtert wird, auch vor dem Hintergrund des Staatsangehörigkeitsrecht.

Die **Integration in Vereine** ist ein entscheidender Schritt zur Integration in die Gesellschaft. Wir treten deshalb für eine noch größere Öffnung der Vereine für Ausländer und für eine kulturelle Zusammenarbeit der Vereine mit Ausländervertretungen ein.

Wir wissen allerdings auch um die damit verbundenen Hindernisse, die einer Annäherung oft entgegenstehen.

**Demokratie bewahren –**

**deshalb am 10. September 2006 wählen gehen,**

**Liberale für Sarstedt –**

**deshalb am 10. September 2006 FDP wählen!**